



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur
am 03. Dezember 2009
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Helmut Nehrbaß (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr	Ende: 20:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 40/09

(Drucksachenband 142)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung I

0168 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit der nötigen Zweidrittelmehrheit die Sitzungsvorlage 09-V-40-0045 (Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen 2010/2011) zugesetzt.
2. Zu den Punkten 4 - 6 finden gemeinsame Beratungen mit dem Ausschuss für Freizeit und Sport statt.
3. Ansonsten werden gegen die Tagesordnung keine Einwendungen erhoben.

Einstimmig

Tagesordnung II

0169 09-V-61-0046

Namentliches Gedenken Michelsberg - Kostenberechnung

Einstimmig

Tagesordnung I

0170 09-V-41-0023

Kunstsommer 2010

Stadträtin Thies ist zu diesem Punkt anwesend.

Sie berichtet, dass der Kunstsommer alle 2 Jahre an verschiedenen Örtlichkeiten in Wiesbaden stattfindet und im kommenden Jahr im Nerotal ausgerichtet wird. Die künstlerische Leitung hat Frau Mellin übernommen, die internationale Erfahrung vorweisen kann.

Stv. Queck findet das Nerotal für diese Veranstaltung sehr gut geeignet. Sie fragt nach, ob auch Wiesbadener Künstler vertreten sind und ob geplant ist, dass der Katalog zu Anfang erscheint.

Frau Thies weist darauf hin, dass man noch in den Vorbereitungen sei, ob es ein Symposium geben werde, sei noch nicht klar und Vieles hänge von den vorhandenen Mitteln ab. Die ausgewählten Arbeiten werden vorab im Thalhaus aus- und vorgestellt. Sie würde die Auswahl gern Frau Mellin überlassen.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 03. Dezember 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Katalog wird nicht schon zur Eröffnung vorliegen können, da die Arbeiten z. T. für den entsprechenden Ort hergestellt und dann dort installiert werden.
Die von Stv. Queck angesprochenen Künstler/innengespräche seien auch für das kommende Jahr geplant, da sie sich bewährt haben.

Vors. Nehrbaß weist darauf hin, dass man für den Katalog Mittel im Budget vorsehen muss, was aber lt. Dezernat V geschehen sei.

gegen Linke Liste

0171 09-F-01-0092

Raumbedarf des Volksbildungswerkes Bierstadt e.V. (vbw)
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 23.10.2009-

Stadträtin Thies teilt mit, dass für die Fragen des Ausschusses nach Entscheidung des Oberbürgermeisters jetzt Dezernat III zuständig sei. Von Dezernat III sei niemand auf sie zugekommen. Es ist auch niemand während der Sitzung aus dem zuständigen Bereich anwesend. Der Ausschuss wird den Magistrat (Dezernat III) bitten, in der nächsten Ausschusssitzung anwesend zu sein.

Einstimmig

0172 09-F-01-0070

Stadtteilbibliothek in Dotzheim/IGS Alexej-von-Jawlensky
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.08.2009-

Stv. Wallmann weist darauf hin, dass die vorliegende Sitzungsvorlage nicht aufschlussreich genug ist, die Ausleihe sei z. B. noch unklar.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass ein zusätzliches Papier am Tag vor der lfd. Ausschusssitzung den Fraktionen per Boten zugegangen sei.

Außer der Fraktion Linke Liste hat aber keine Fraktion das Papier erhalten, so dass heute keine Beratung zu diesem Thema möglich ist.

Stv. Ernst zeigt sich verärgert darüber, dass wieder keine klaren Aussagen vorliegen und auch nichts beschlossen werden kann. Er würde für die Bibliothek in Dotzheim kämpfen.

Stadträtin Thies lässt die Zusatzinformationen während der Sitzung kopieren und an die Ausschussmitglieder verteilen. Sie weist darauf hin, dass auch bei geringen Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken ein gewisser Personalbedarf (3 Mitarbeiter) besteht. Man könne auch nicht aus anderen Bereichen Personal abziehen.

Stv. Bohrer hat den Eindruck, dass man in Dotzheim zwar eine Bibliothek wolle, dafür aber kein Geld ausgeben möchte. Man könnte im Rahmen der Haushaltsplanberatungen einen Betrag zusetzen und mit einem Sperrvermerk versehen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach Ansicht von Stv. Fleuren ist es mit dem Zusatz von Mitteln für Mitarbeiter nicht getan, die Räumlichkeiten müssten auch verändert, umgebaut und anders ausgestattet werden.

Stadträtin Thies weist noch einmal auf die Sitzungsvorlage hin, dort seien alle Informationen zusammengefasst. Es sei lediglich noch offen gewesen, was man umgruppieren könne, bzw. wo Personen abgezogen werden könnten.

Der Haushalt sei defizitär, eine Ausweitung des Services schwierig, selbst der jetzige Service sei dauerhaft nicht zu halten.

Lt. Stv. Knauer sollte überdacht werden, ob nicht aus der Vermarktung des Grundstückes neben der Jawlensky-Schule etwas umgeschichtet werden könne. Einen entsprechenden Antrag hätte es im Ortsbeirat gegeben. Die beiden betroffenen Dezernate müssten sich einigen.

Nach Vors. Nehrbaß gibt es keinen Antrag auf zusätzliche Stellen oder Sachmittel und eine Übersicht über die bisherige Stellenverteilung liege auch nicht vor.

Am Ende der Sitzung wird das Thema noch einmal kurz aufgegriffen, nachdem die Ausschussmitglieder das in der Sitzung verteilte Zusatzpapier lesen konnten:

Stv. Wallmann hat in dem Zusatzpapier lediglich Zahlen aus 2008 gefunden und bittet dringend darum, die Übersicht mit aktuellem Zahlenmaterial zu ergänzen.

Der Ausschuss fasst einen entsprechenden Beschluss und wird das Thema in der 1. Ausschusssitzung 2010 wieder aufgreifen.

Einstimmig

0173 Verschiedenes

Der Ausschuss nimmt das Schreiben von Schulleiter Rzytki zur Kenntnis.

Stadträtin Thies hält den Vorschlag, die Mauritiusgalerie als Standort für die Stadtbücherei vorzusehen für begrüßenswert. Es würden im Schnitt 350 Medien pro Stunde ausgeliehen. Sie würde auch gern ein Lesecafé installieren.

Stv. Bohrer hat in Erinnerung, dass von Seiten des Magistrats eher der Platz der deutschen Einheit favorisiert würde.

Stv. Spruch geht von verschiedenen vorhandenen Wünschen aus, aber auch die Bauplaner müssten Berücksichtigung finden.

Vors. Nehrbaß berichtet, dass vor einiger Zeit eine Sitzungsvorlage eingebracht worden sei, in der es um die Zukunft der Stadtbücherei gegangen sei. Das Dezernat habe damals dargelegt, dass es keine endgültige Planung gäbe. Es gäbe aber sehr wohl seit Jahren eine Arbeitsgruppe.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Thies sagt zu, dass im 1. Halbjahr 2010 eine aussagekräftige Sitzungsvorlage eingebracht werden wird. Sie bittet um die Chance, entsprechende Verhandlungen führen zu können. Eine Stadtbücherei in der Mitte der Stadt sei das erklärte Ziel.

Einstimmig

0174 09-A-05-0003

Troncmittel für Walhalla e.V.

Die Troncmittel für Walhalla e. V. sind lt. Vors. Nehrbaß in der letzten Sitzung beschlossen worden. Es sei jetzt ein Procedere abgesprochen worden, damit die Gelder auch ausgezahlt werden können und diese Mittel nicht gepfändet werden.

Der Ausschuss fasst dazu als formales Verfahren den entsprechenden Beschluss.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass es eine existenzielle Frage für die Zukunft sei, den Verein und damit auch das genutzte Gebäude zu erhalten, denn das Gebäude würde ansonsten verfallen.

Auch Stv. Spruch spricht sich dafür aus, dass das Gebäude weiter genutzt wird.

Vors. Nehrbaß sieht aber eine längerfristige Sicherung des Vereins mit Troncmitteln als nicht gegeben an.

Einstimmig

0175 Sachstand Martin-Niemöller-Schule

Stadträtin Scholz berichtet Folgendes:

- Man stehe mit den Sachverständigen in engem Kontakt,
- die Baugenehmigung läge vor,
- erste Maßnahmen sollen zeitnah ausgeführt werden,
- ein Auftrag an das Hochbauamt sei erteilt.

Lt. Stadträtin Thies seien die notwendigen Maßnahmen beauftragt worden und es würde noch vor Weihnachten ein Grundschnitt erfolgen.

Vors. Nehrbaß fragt nach, warum die für den 20.11.2009 angekündigte Gutachtereinigung nicht erfolgt ist. Er habe außerdem aus der Zeitung erfahren, dass der Oberbürgermeister von Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 11 Mio € gesprochen habe.

Die Koalition habe außerdem 1 Mio € für energetische Maßnahmen in den Haushalt eingestellt.

Außerdem sei in der letzten Ausschusssitzung bestätigt worden, dass die Mietkosten ab 2010 von der Landeshauptstadt Wiesbaden zu tragen seien: Er fragt, ob es tatsächlich zutreffe, wie seinerzeit von Frau Scholz ausgesagt, dass auch für die zurückliegende Zeit die Mietkosten für das Rotaprint-Gebäude zu Lasten der Stadt gegangen seien.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 03. Dezember 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Scholz erklärt, dass es damals eine gewisse Nervosität gegeben habe. Die Versicherung zahle die Mietkosten für das notwendige Ausweichquartier bis Ende 2009. Sie würde sich aber ansonsten bei der Nennung von Terminen in Bezug auf eine Gutachtereinigung zurückhalten. Sie könne bestätigen, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Müller der Presse den Betrag von 11 Mio € genannt habe. Über Kosten möchte sie aber nur in nicht-öffentlicher Sitzung berichten.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass in der öffentlichen Sitzung nicht mehr über Zahlen geredet werden sollte.

1 Mio € für energetische Maßnahmen seien in den Haushalt eingestellt worden als Garantie dafür, dass die Schule in diesem Bereich den höchst möglichen Standard erhält. Sie geht davon aus, dass Stadträtin Scholz insgesamt das bestmögliche verhandeln wird.

Einstimmig

0176 09-F-06-0056

Maßnahmen bei Bedrohungs- und Gefährdungsanlagen an Schulen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 25.11.2009 -

Stadträtin Scholz berichtet, dass sie eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe, die von Frau Adam geleitet werde.

Frau Adam teilt mit, dass die Arbeitsgruppe eine Prioritäten-Liste erstellen und sich Gedanken darüber machen wird, wie die Schulen z. B. farblich gestaltet werden können. Sie bittet um etwas Zeit, da eine aussagekräftige Sitzungsvorlage erstellt werden soll, die dann möglichst in nicht-öffentlicher Sitzung zu beraten sein wird. Man arbeite bei dem Thema eng mit dem staatlichen Schulamt zusammen.

Vors. Nehrbaß berichtet von Irritationen in der Vergangenheit, ist aber jetzt froh, dass die Arbeitsgruppe tätig geworden ist. Er fragt nach, ob finanzielle Mittel für den Haushalt vorgesehen sind.

Stadträtin Scholz stellt klar, dass für die spezielle Maßnahme keine Mittel vorgesehen sind, sondern die Maßnahmen über die Mittel für Instandhaltung und das Sonderkonjunkturprogramm abgerufen werden sollen.

Stv. Gores informiert darüber, dass eine Veranstaltung mit den Schulleiter/innen vorgesehen ist. Es wurden zunächst 3 Schulen ausgesucht, letztlich werden aber alle Wiesbadener Schulen einbezogen. Er weist aber auch darauf hin, dass jede Schule für sich betrachtet werden muss. Man könne sich ein Farb-Leit-System vorstellen. Dazu gäbe es wegweisende Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Das aktuelle Ergebnis werde dem Schuldezernat zur Verfügung gestellt.

Stv. Knauer fragt, nach welchen Kriterien die Prioritätenliste erstellt wurde, ob es z. B. bauliche Gründe gäbe.

Dazu wird es lt. Frau Adam erst Aussagen geben können, wenn alle Schulen untersucht worden sind.

Vors. Nehrbaß ist erstaunt, dass für die doch dann notwendigen Umbauarbeiten keine Haushaltsmittel eingestellt worden sind.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Scholz kann sich gut vorstellen, die Schulen mit ins Boot zu holen, sprich, die Schüler/innen z. B. bei der Farbgestaltung mit einzubeziehen.

Stv. Bohrer fragt nach dem zeitlichen Vorlauf, den die angekündigte Sitzungsvorlage hat und würde den Antrag seiner Fraktion entsprechend zurückstellen.

Stv. Spruch beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stadträtin Scholz sichert zu, über den Fortgang der Angelegenheit zu berichten.

Der Antrag, den Antrag der Linken Liste als durch Aussprache für erledigt zu erklären, wird wie folgt abgestimmt:

gegen SPD und Linke Liste angenommen.

Ab 18.15 Uhr bis 19.20 Uhr tagt der Ausschuss für Schule und Kultur gemeinsam mit dem Ausschuss für Freizeit und Sport zu den Themen „Situation des Grundschulsports in Wiesbaden, Nutzung der Sporthallen für Vereins- und Schulsport und Aufnahme von Gastschülern“.

0177 09-A-09-0002

Situation des Grundschulsports in Wiesbaden

Stv. Gores bittet darum, die Beantwortung der Fragen auch schriftlich vorzunehmen. Evtl. könne dann zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse sinnvoll sein.

Frau Brand, Staatl. Schulamt, berichtet zu diesem Punkt.

Stv. Bohrer fragt nach, ob sie ausschließen könne, dass aufgrund der Hallenkapazitäten (z. B. Umbaumaßnahmen) weniger Sportunterricht angeboten werde.

Frau Brand kann dies nicht ausschließen.

Stv. Kracht bittet um Informationen über das Programm „Bewegte Schule“. Das Programm sollte nach ihrer Meinung auch umgesetzt werden. Die Antwort zu dieser Frage war Stv. Kracht zu vage. Sie möchte konkret wissen, welche Wiesbadener Schulen daran teilnehmen.

Das Programm ist lt. Frau Brand integriert in „Gesunde Schule“ (Programm des Landes). Jede Schule arbeitet daran. Jede Schule könne Teile davon zertifizieren. Die Schulen können entscheiden, was aktuell an ihrer Schule gefragt ist. Es gibt auch in Wiesbaden schon Schulen, die gesamtzertifiziert sind (z. B. Geschwister-Scholl-Schule).

Stv. Kracht möchte die entsprechende Liste haben. Vors. David schließt sich dieser Bitte für beide Ausschüsse an.

Frau Brand sichert dies zu, bittet aber um etwas Zeit, da eine andere Abteilung zuständig sei.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0178 09-A-09-0004

Nutzung von Sporthallen für Vereins- und Schulsport

In Wiesbaden werden die Sporthallen ab ca. 17.00/18.00 Uhr von Vereinen genutzt. Es liegen mehr Anfragen von Vereinen vor, als Kapazitäten vorhanden sind. Die Abenddienste der Hausmeister gehören der Vergangenheit an, so dass die Hallen auf Treu und Glauben vergeben werden.

Vors. David regt eine engere Vernetzung von Sport- und Schulamt zur Hallenvergabe an.

Stadträtin Scholz weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen den genannten Ämtern sehr gut sei. An vielen Schulen werden mittlerweile Ganztagsangebote für die Schüler/innen gemacht und Hallen entsprechend genutzt. Sie sichert aber zu, noch einmal zu schauen, ob es freie Kapazitäten gibt.

Sie bittet aber im Gegenzug darum, das Schulamt über mögliche freie Kapazitäten zu informieren.

Der Ausschuss wird über das Ergebnis der Prüfung durch Frau Stadträtin Scholz informiert.

Einstimmig

0179 09-A-09-0003

Elly-Heuss-Schule - Aufnahme von Gastschülern

Frau Schmidt vom Staatl. Schulamt ist zu diesem Punkt anwesend.

Sie berichtet, dass es früher weniger Probleme mit diesem Thema gab. Schulleiter/innen schauen oft auf die Schwerpunkte, die Schüler/innen mitbringen, wenn z. B. ein Schulorchester vorhanden ist oder eine Sportart an der Schule besonders intensiv betrieben wird.

Vor 3 Jahren hat es eine Auseinandersetzung gegeben, als an der Elly-Heuss-Schule talentierte Sportler aufgenommen werden sollten. Das Staatl. Schulamt hätte dies zumindest für Geschwisterkinder mittragen können, aber der Schulträger hat sich beim Hess. Kultusministerium beschwert. In solchen Fällen kommt oft das Verwaltungsgericht ins Spiel. Sie habe reichlich Erfahrung mit dem Verwaltungsgericht gesammelt, meistens bei dem anstehenden Wechsel auf ein Gymnasium, wenn Eltern nicht mit der angebotenen Schule einverstanden waren.

Die Rechtsprechung hat bestätigt, dass vorrangig alle Wiesbadener Kinder an den Wiesbadener weiterführenden Schulen (nach Rangigkeit) aufzunehmen sind; erst dann können auswärtige Schüler aufgenommen werden.

Gerade die Elly-Heuss-Schule, aber auch andere Wiesbadener Gymnasien seien in den letzten Jahren stark nachgefragt worden. Was kann man tun, um auswärtige Sporttalente aufnehmen zu können - die Kapazitäten erweitern.

Stv. Gores ist nicht ganz glücklich mit der Regelung und meint, dass man doch Wege finden müsste, um auswärtige Sporttalente aufnehmen zu können.

Auch Stv. Kracht findet, dass man das Talentförderprogramm so nicht umsetzen könne.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 03. Dezember 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Schulleiter und Stv. Rzytki kennt die Schulgesetze und die Diskussion um die Aufnahme von auswärtigen Schüler/innen sehr gut. Es gäbe z. B. Kooperationen bei den Berufsschulen. Es scheint auch in Frankfurt zu gehen, was in Wiesbaden nicht möglich ist. Für Frankfurt und Offenbach soll es eine gemeinsame Schule geben. Er habe auch einen Weg über einen geänderten Schulentwicklungsplan vorgeschlagen und meint, dass das auch juristisch machbar sein müsste.

Frau Schmidt möchte nicht alles auf die Verwaltungsgerichte schieben. Herr Rzytki könne 30 auswärtige Schüler/innen aufnehmen, aber er müsse damit rechnen, dass 30 Wiesbadener Kinder (Eltern) klagen. Der gute Wille sei beim Staatl. Schulamt vorhanden, könne aber Klagen nicht vermeiden. Die Verwaltungsgerichte entscheiden aufgrund des Hess. Schulgesetzes.

Sie könne sich vorstellen, das Problem dadurch zu lösen, dass

- ein Schulversuch beantragt würde (§ 70 Hess. Schulgesetz),
- die Kapazitäten der Schulen erhöht werden oder
- das Hess. Schulgesetz geändert werde.

Stv. Rzytki möchte noch etwas über die Latein-Zuordnung erfahren.

Frau Schmidt erklärt dazu, dass entscheidend sei, wie viele Kinder mit 1. Wunsch Latein sich an der Dilthey-Schule anmelden. Wenn sich 60 Kinder anmelden, könne man 2 Klassen bilden. Bei 70 Schülern gäbe es 3 (sehr kleine) Klassen - hier könnten die restlichen Plätze mit Auswärtigen aufgefüllt werden.

Vors. David bedankt sich für den umfassenden Bericht.

Einstimmig

0180 **09-F-25-0045**

Mit dem Rad zur Schule

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20. April 2009-

Zu diesem Thema sind Frau Seitz, Herr Berg, Herr Prediger, Herr Rautenberg und Herr Richter anwesend.

Herr Richter erklärt, dass dieses Thema schon länger bei WSV im Gespräch sei. Es wäre eine Analyse angedacht gewesen. Man brauche aber die Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Herr Rautenberg erklärt, dass man sich seit längerer Zeit Gedanken darüber mache, wie man die Darstellung der Radwege usw. verbessern kann. Das Vermessungsamt habe Kartenmaterial zur Verfügung gestellt; wie man das aber verlinken könne, müsste noch genauer geklärt werden.

Herr Berg erklärt anhand eines Plakates die Einstufung der einzelnen Straßen in „gefährlich = rot“, „mittel = orange“ und „gut zu befahren, wenig Verkehr = grün“.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Prediger ist Lehrer an der IGS Kastellstraße und beschäftigt sich ebenfalls seit längerer Zeit mit dem Thema.

Wenn Eltern ihre Kinder mit dem Rad zur Schule fahren lassen wollen, sollte es eine Orientierungshilfe in Form von Karten geben. Man habe auch versucht, einzelnen Straßen zusätzliche Informationen beizufügen, was aber noch nicht befriedigend gelöst werden konnte.

Stv. Schickel fragt nach den Fahrradabstellanlagen. Oft werde der vorhandene Platz für PKW genutzt. Frau Stadträtin Scholz wird die Situation klären.

Herr Michel (Wiesbaden-Marketing) hat den Ausschuss per Mail wissen lassen, dass eine Verlinkung der Karten auf wiesbaden.de möglich ist.

Die Fachämter sehen aber eine Verlinkung als nicht ausreichend an.

Zu der nächsten Sitzung des Ausschusses wird Herr Michel eingeladen, um die technischen Möglichkeiten über eine Verlinkung hinaus zu klären.

Frau Seitz erklärt in diesem Zusammenhang, dass der Stadtplan auf wiesbaden.de hinterlegt sei und dort auch weitere Karten verlinkt werden können (z. B. Straßensuche). Man könne die Karten auch pflegen und aktualisieren, aber nur ca. alle 3 bis 6 Monate. Die Kostenfrage hierzu müsse aber auch noch geklärt werden.

Der Ausschuss abschließend zusammen, dass die Punkte 1 und 2 des Antrages durch Aussprache erledigt sind, zu Punkt 3 wird Wiesbaden-Marketing in die nächste Sitzung eingeladen und zu Punkt 4 wird ebenfalls in der 1. Sitzung des Ausschusses Frau Stadträtin Scholz berichten.

Einstimmig

0181 09-V-40-0043

Medieninitiative Schule@Zukunft - Vereinbarung über die Laufzeitverlängerung der bilateralen Vereinbarung für die Jahre 2007 bis 2008

Einstimmig

0182 09-F-25-0042

Prävention gegen Alkoholmissbrauch an Schulen
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

Einstimmig

0183 09-V-40-0045

Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen 2010 / 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Sitzungsvorlage wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit der heutigen Tagesordnung zugesetzt.

Vors. Nehrbaß fragt nach, ob die Asbest-Sanierungsmaßnahmen an der Jawlensky-Schule schon in Angriff genommen wurden.

Stadträtin Scholz bestätigt dies. Man habe unter großem Zeitdruck gestanden, da die Schule neu eröffnet werden sollte.

Vors. Nehrbaß möchte außerdem wissen, ob denn kleinere Dinge auf der Strecke bleiben würde, da z. B. bei der L.-Erhard-/Jawlensky-Schule naturwissenschaftliche Räume neu eingerichtet werden müssten.

Stadträtin Scholz und Herr Dietz erklären, dass bei älteren Bauten das Versetzen einer einzigen Tür eine Neubewertung nach den Brandschutzvorschriften (Bestandsschutz wird dadurch aufgehoben) nach sich zieht, die dann wiederum größere Umbaumaßnahmen (z. B. Fluchttreppe) notwendig machen. Dadurch seien auch des Öfteren enorm hohe Mehrausgaben zu Stande gekommen.

Die SPD stimmt der Vorlage mit 2 Ausnahmen zu:

Zu Ziffer 2 stimmt sie mit NEIN, da dieser Punkt in die Haushaltsplanberatungen hätte einfließen müssen. Sie stimmt zu Ziffer 5 ebenfalls mit NEIN, da Vorbehalte zur Finanzierungstechnik bestehen.

Die Linke Liste stimmt ebenfalls zu Ziffer 5 mit NEIN, da sie Finanzierungen durch Grundstücksverkäufe ablehnt und die Sperrvermerke im Haushalt nicht richtig gesetzt sind und enthält sich zu den anderen Punkten.

Enth. Linke Liste (Ausnahme Ziffer 5 = NEIN), SPD NEIN zu Ziffer 2 und 5

Anlagen

Wiesbaden, .01.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Nehrbaß

Wallmann

Koba